

Hartmut Rübner

## Anarcho-Syndikalismus in Deutschland

### 1. Die Geschichte des Anarchismus und Syndikalismus vor dem Ersten Weltkrieg

#### 1.1. Anarchismus

Die Anfänge des Anarchismus in Deutschland gehen zurück auf frühe oppositionelle Strömungen innerhalb der *SPD*. Dabei ging es zunächst um Einzelfragen wie die Subvention zur Einrichtung von Dampferlinien für koloniale Zwecke. Gegen die imperiale Großmachtspolitik des Kaiserreichs formierte sich ab 1884/85 eine innerparteiliche Strömung, die bald als die „Jungen“ bekannt wurde. „Junge“ hießen die Oppositionellen aufgrund ihres Lebensalters und Länge der Parteizugehörigkeit. Zahlenmäßig waren die „Jungen“ eher schwach. Sie konnten jedoch eine Reihe wichtiger sozialdemokratischer Zeitungen als Sprachrohr benutzen.

Die Ziele der „Jungen“ waren u. a. die Einführung des ersten Mais als Feiertag der Arbeiter und die Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Abgelehnt wurden der Zentralismus bzw. die Führerherrschaft in der Partei und deren Orientierung auf den Parlamentarismus. Propagiert wurde dem entgegen eine revolutionäre Strategie.

Die sozialrevolutionären Forderungen führten im Oktober 1891 auf dem Erfurter Parteitag zum Ausschluss dieser Opposition. Im November 1891 gründeten die ausgeschlossenen „Jungen“ den *Verein Unabhängiger Sozialisten (VUS)*, der etwa 500 Mitglieder mit dem Schwerpunkt Berlin erfasste. Der *VUS* versuchte durch ein Zeitungsorgan, dem *Sozialist*, für ihre Ziele zu werben und gab sich antiparlamentarisch und antietatistisch. Man propagierte den Klassenkampf durch Massenaktionen: Boykott, Streik, und den Generalstreik. Im *Verein Unabhängiger Sozialisten* standen sich jedoch von Beginn an zwei Richtungen gegenüber: Eine Fraktion verstand sich als radikale Sozialdemokraten und tendierte weiterhin zur *SPD*. Die andere Fraktion näherte sich allmählich anarchistischen Positionen. Die Auseinandersetzungen führten schon nach einigen Jahren zum Bruch. Ein Teil der Mitglieder kehrte in die *SPD* zurück, worauf sich der Verein im April 1894 auflöste.

Die Anarchisten behielten das Zeitungsorgan der Unabhängigen, *Sozialist*, das unter der Leitung von Gustav LANDAUER stand. Aus dieser Zeitungsgruppe um den *Sozialist* gingen wiederum zwei Organisationen hervor:

- der *Sozialistische Bund (SB)* von Gustav LANDAUER, der 1908 gegründet wurde, und
- die *Föderation revolutionärer Arbeiter* (1900), die aus einer 1897 aus der Redaktion des *Sozialist* abgespaltenen Gruppe um das Zeitungsprojekt *Neues Leben* (später: *Freier Arbeiter*) hervorgegangen war. Eine Umbenennung in *Anarchistische Föderation Deutschlands (AFD)* erfolgte 1903.

Die Unterschiede beider Richtungen bestanden darin, dass der *Sozialistische Bund* den kommunistischen Anarchismus und den proletarischen Klassenkampf als „marxistisch“ ablehnte. Außerdem bestand im *SB* nur ein lockerer Zusammenhalt der angeschlossenen Gruppen.

In der *AFD* formierte sich hingegen eine Art Arbeiteranarchismus. Man gab sich feste Organisationsstrukturen und wollte innerhalb der Arbeiterbewegung operieren. Das Ziel war der kommunistische Anarchismus, wie er von Kropotkin vertreten wurde. In den Organen der *AFD*, dem *Neuen Leben* und dem *Freien Arbeiter*, warb ab 1902 Arnold ROLLER (d. i. Siegfried NACHT) erstmals in Deutschland für die Anwendung des Kampfmittels der „Direkten Aktion“ und für den revolutionären Generalstreik.

Doch weder die *AFD* und noch weniger der *Sozialistische Bund* können als Massenorganisationen gelten. Wichtig waren hier Einzelpersonlichkeiten und deren Engagement in den verschiedenen Zeitungsprojekten.

Einige der anarchistischen Veteranen aus der *AFD* (nach dem Krieg erfolgte eine Umbenennung in *Föderation kommunistischer Anarchisten*) finden sich nach 1918 in der anarcho-syndikalistischen *Freien Arbeiter Union Deutschlands* wieder. Im *Sozialistischen Bund* war bereits Augustin SOUCHY

(1892-1984) aktiv, der später *FAUD*-Funktionär und Sekretär der anarchosyndikalistischen *Internationalen Arbeiter-Assoziation* bekannt wurde. Auf lokaler Ebene spielten diese Anarchisten bei der Kanalisierung des Massenzulaufs in die syndikalistischen Ortsverbände eine wichtige Rolle als akzeptierte Integrationsfiguren. So etwa in München, in Dresden, Leipzig, Bremen, Düsseldorf, Berlin und anderswo. Von den sogenannten „Jungen“ wurde vor allem Rudolf ROCKER (1873-1958) als späterer Theoretiker des Anarchosyndikalismus bekannt.

## 1.2. Syndikalismus

Ein großer Teil der Anarchisten der *AFD* organisierte sich als Arbeiter zusätzlich in den Gewerkschaften. Dies entweder in den *Freien Gewerkschaften* oder auch in der sogenannten *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG)*, die sich schon vor dem Ersten Weltkrieg dem Syndikalismus annäherte.

Die Wurzeln der *FVdG* gehen zurück auf die sogenannten „Lokalisten“ in der Gewerkschaftsbewegung. Lokalisten hießen die Mitglieder der gewerkschaftlichen Fachvereine ab etwa der Mitte der 1880er Jahre deshalb, weil sie sich auf lokaler Ebene, also örtlich zusammenschlossen. Ihre örtlichen Fachvereine lehnten eine zentralisierte Organisation und überregionale Streikfonds ab und wollten stattdessen autonom über ihre Aktionen eigenverantwortlich entscheiden. Überregional traten die Lokalorganisierten nur durch ein lockeres Vertrauensmännersystem in Verbindung. Anzutreffen waren bei den Lokalisten besonders die Maurer und Zimmerer. Also typische Handwerkerberufe. Daneben organisierten sich auch besonders qualifizierte Berufe lokalistisch: die Musikinstrumentenbauer, die Silber- und Goldschmiede sowie die Schneidwarenarbeiter. Das Zentrum der Lokalisten war Berlin, aber es existierten auch Ortsvereine in vielen anderen Städten.

Wirksam war zu dieser Zeit das vom Reichskanzler BISMARCK gegen die Sozialdemokratie verhängte repressive Sozialistengesetz. Das Sozialistengesetz verbot zwischen 1878 und 1890 praktisch jede Art von politischen Basisaktivitäten. Betroffen waren sowohl die *SPD* als auch die Gewerkschaften und besonders natürlich auch die Anarchisten. Legal waren nur die Reichstagsfraktion der *SPD* und berufliche Interessenvereine, sofern sie sich nicht im politischen Sinne betätigten. Das lockere Vertrauensmännersystem der lokalorganisierten Fachvereine schützte also vor politischer Verfolgung. Man konnte sich als unpolitischer Berufsverein ausgeben, der keinem übergeordneten, illegalen Zentralverband angehörte.

Als sich die Gewerkschaften nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes wieder das erste Mal versammelten, dies geschah im März 1892 in Halberstadt, weigerten sich die Lokalisten in den Zentralverband einzutreten. Stattdessen beharrten sie auf ihre Eigenständigkeit. Es dauerte aber noch fünf Jahre, also bis 1897, bis es die Lokalisten für notwendig erachteten, dass sich ihre Vertrauensleute auf einem überregionalen Kongress trafen. Um den Zusammenhalt zu fördern wurde bei dieser Gelegenheit beschlossen ein eigenes Organ herauszubringen: *Die Einigkeit*.

1901 gaben sich die Lokalisten den Namen *Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG)*. Zwischenzeitlich gab es zwar auf Druck der *SPD* Einigungsverhandlungen mit den Zentralgewerkschaften, die verliefen allerdings ergebnislos. Von den Gewerkschaften distanzierte sich die *Freie Vereinigung*, weil diese sich politisch neutral gaben. Tatsächlich standen die Gewerkschaften, das war klar ersichtlich, dem gemäßigten Flügel der *SPD* nahe. Die Lokalisten verstanden sich dagegen als Avantgarde des linksorientierten Flügels der Sozialdemokratie.

Als solche lehnten sie (1904) den Parlamentarismus ab und standen während der Kontroverse um den Generalstreik an der Seite Rosa LUXEMBURGs. Mit anarchistischen Gedankengängen kamen die Mitglieder der *Freien Vereinigung* erstmals in Kontakt durch den Arzt Raphael FRIEDEBERG. Dessen Gastspiel als Vortragsredner in der *FVdG* dauert von 1904 bis 1907 und war nicht von besonders nachhaltiger Wirkung für die syndikalistische Theorieentwicklung. Es reichte immerhin für den Bruch mit der Sozialdemokratie. Die endgültige Trennung erfolgte 1908 durch einen Unvereinbarkeitsbeschluss von Seiten der Partei. Fortan durfte demnach kein *SPD*-Mitglied der *Freien Vereinigung* angehören. Die ausscheidenden *SPD*-Mitglieder ließen den Mitgliederstand von rund 17500 in 1907 auf 6500 im Jahr 1910 sinken.

Der geographische Schwerpunkt der *Freien Vereinigung* lag weiterhin in Berlin. Hier befanden sich rund ein Drittel aller Ortsgruppen. 1912 gab es 64 Ortsgruppen landesweit, davon 23 allein in Berlin. Die Berufe aus dem Bereich der Holz- und Metallverarbeitung waren am stärksten vertreten.

Die Aufnahme syndikalistischer und anarchistischer Ideen machte die Splitterorganisation offensichtlich nicht attraktiver für die Arbeiter: Der Mitgliederstand sank bis zum Ersten Weltkrieg auf ca. 6000 Personen. Woher diese syndikalistischen Ideen kamen ist noch nicht abschließend geklärt. Wichtig waren wandernde anarchistische Handwerker wie z. B. der Musikinstrumentenbauer Andreas Kleinlein (1864-1925), die während ihrer Reisen nach Frankreich Bekanntschaft mit den dortigen Syndikalisten gemacht hatten. Für anarchistische und syndikalistische Theorien war die *FVdG* jedenfalls offen. Dafür stand der Organisation ab 1912 ein eigenes Theorieorgan zur Verfügung: *Der Pionier*, der ab 1912 erschien und der von dem Anarchisten Fritz KÖSTER herausgegeben wurde.

## 2. Anarchosyndikalismus in der Weimarer Republik

Zu Beginn des Ersten Krieges wurde die *Freie Vereinigung* wegen ihrer antimilitaristischen Agitation verboten. Einige ihrer wichtigsten Funktionäre kamen über Jahre in Schutzhaft. Dennoch kam damit das Organisationsleben auch während des Verbots nicht zum Erliegen. Die Geschäftskommission verschickte weiterhin gedruckte Mitteilungsblätter und Rundschreiben an die verschiedenen Ortsgruppen im Land und koordinierte die noch möglichen Aktivitäten. In mindestens 18 Städten existierten noch Ortsgruppen des Allgemeinen Arbeitervereins. Allgemeiner Arbeiterverein war die geänderte Bezeichnung der *FVdG*, die aus Tarngründen angenommen worden war.

Nach dem Krieg erlebte die *Freie Vereinigung* eine nicht für möglich gehaltene Metamorphose. Aus Enttäuschung über die Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften während des Krieges schlossen sich vor allem radikalisierte Bergleute und Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen in großen Zahlen den Syndikalisten an<sup>1</sup>. Im Laufe des Jahres 1919 bildeten sich in fast allen Teilen des Landes Ortsgruppen der *FVdG*, nicht so mächtige wie die in Rheinland-Westfalen, aber in einigen Städten durchaus mit einigem Einfluss. Was die programmatische Orientierung betraf, war die *FVdG* noch nicht festgelegt: Angestrebt wurde zunächst eine „proletarische Rätediktatur“ und eine allgemeine Sozialisierung der Produktionsmittel. Gleichzeitig wurde den Mitgliedern der Eintritt in die Kommunistische Partei nahegelegt. Auf Seiten der *KPD* hielt sich die Begeisterung über die antiparlamentarisch eingestellten Syndikalisten in der Partei in Grenzen. Sie wurden bald als die neueste Krankheit der Arbeiterbewegung bezeichnet und im Sommer 1919 ausgeschlossen.

Eine Klärung aller theoretischen und organisatorischen Fragen sollte ein Kongress bringen, der zum Jahresende 1919 in Berlin stattfand. Die anwesenden 109 Delegierten vertraten 111.675 Mitglieder und gaben der Organisation einen neuen Namen: „*Freie Arbeiter Union Deutschlands (Syndikalisten)*“.

### 2.1. Programmatische Neuorientierung des Syndikalismus

Rudolf ROCKER, der erst um die Jahreswende 1918/19 aus dem englischen Exil nach Deutschland zurückgekehrt war, hatte von der Geschäftskommission der *FVdG*, ihrem Leitungsorgan, den Auftrag erhalten, eine neue Programmschrift auszuarbeiten. In der von ihm vorgelegten Prinzipienklärung des Syndikalismus verschmolzen anarchistische mit syndikalistischen Gedankengängen. ROCKER grenzt den Anarcho-Syndikalismus darin konsequent von den sozialistischen Parteien ab. Die Parteien, egal welcher Richtung, seien niemals imstande, das Ziel des „freien, staatenlosen Kommunismus“, zu verwirklichen. Der sozialistische Aufbau solle von den „wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter, den Gewerkschaften durchgeführt werden, die zugleich die Keimzelle der zukünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation“ seien. Im Falle einer erfolgreichen Revolution sollten sie „auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarung und freier Vereinbarung die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.“ Solange das Ziel nicht erreicht sei, hätten die Syndikalisten die Aufgabe, „die Massen geistig zu erziehen und in den wirtschaftlichen Kampforganisationen zu vereinigen, um dieselben durch die direkte wirtschaftliche Aktion, die im Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet, der Befreiung vom Joche der Lohnsklaverei und des modernen Klassenstaats entgegenzuführen.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Ulrich Klan/Dieter Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1990 (2. Auflage).

<sup>2</sup> Prinzipienklärung des Syndikalismus, abgedruckt in: H. M. Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993 (2. Auflage), S. 363-367.

Im Gegenwartskampf weist die Prinzipienklärung der Organisation eine Doppelfunktion zu: Sie sollte zugleich revolutionäre Wirtschaftsorganisation und radikale Kulturbewegung sein. In organisatorischer Hinsicht waren dafür die sogenannten Arbeitsbörsen vorgesehen. Dort sollten nicht nur die Informationen zusammenlaufen und die Koordination der einzelnen örtlichen Industrie- und Berufsverbände der *FAUD* geleistet werden, die Börsen sollten aber auch Planungs- und Durchführungsinstrument für einen „alternativen Konsum“ jenseits des kapitalistischen Marktes sein. Sie sollten als Arbeitsvermittlung unter den Genossen fungieren und ein virtuelles Zentrum aller kulturellen Einzelaktivitäten wie Siedlungen, Genossenschaften, Frauen- und Jugendbünde, Literatur- und Musikprojekte werden. Die Arbeitsbörsen sollten die Keimzellen der kommunistisch-anarchistischen Gesellschaft bilden.

## 2.2. Die *FAUD* als Massenorganisation

In der Praxis gelang es der *FAUD* allerdings nicht, dieses weitreichende Konzept in die Realität umzusetzen. In Ansätzen konnten die Arbeitsbörsen ihren Anspruch lediglich in den anarchosyndikalistischen Hochburgen in Düsseldorf, Mühlheim an der Ruhr und Sömmerda in Thüringen erfüllen.

Dennoch war der Syndikalismus nach dem Gründungskongress der *FAUD* in der deutschen Arbeiterbewegung mit einem Programm etabliert, das sich radikal von dem der Sozialdemokratie, als auch von dem der Kommunisten unterschied. Und *ROCKERS* Wunsch, den er in seiner Begrüßungsrede an die Delegierten formulierte, war zu der Zeit, als die *FAUD* mehr Mitglieder zählte als die *KPD*, durchaus nicht utopisch:

*„Wir wollen ein Vortrupp, eine Gruppe von Pionieren sein, ein Stoßtrupp der revolutionären Minderheit, die in der sozialen Revolution durch die Klarheit und Zielsicherheit ihrer Ideen alles das in Worte und Taten kleiden kann, was in der Seele und in den Herzen der Masse schlummert.“*<sup>3</sup>

Wenige Monate nach dem Gründungskongress wurde dieser Wunsch für kurze Zeit Wirklichkeit. Während des Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch und der sich daraus entwickelnden Aufstandsbewegung – der Roten Ruhr Armee – übernahmen die Arbeiter der städtischen Betriebe und der Maschinenfabrik Thyssen in Mühlheim/Ruhr die Leitung ihrer Betriebe in eigener Regie. Und dies anscheinend so gut, dass ein geflohenes Mitglied der Familie Thyssen meinte, der ganze Aufstand sei von langer Hand vorbereitet.

Zeitgenössische Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 50% der Mitglieder der Roten-Ruhr-Armee Syndikalisten waren. Gemessen an ihrer Mitgliederzahl war dieser Anteil überproportional hoch. Der nach der Niederschlagung des Aufstands einsetzende Terror der Freikorps traf die revolutionären Organisationen besonders hart. Viele örtliche *FAUD*-Funktionäre wurden verhaftet oder mussten fliehen. Durch den militärischen Ausnahmezustand war jede organisatorische Betätigung untersagt.

## 2.3. Desintegrationserscheinungen

Der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch und der bewaffnete Aufstand der Arbeiter im Ruhrgebiet war die letzte große Massenbewegung, die eine Chance zur grundlegenden revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft enthielt. Solche großen revolutionären Bewegungen setzen bei den Beteiligten oft Hoffnungen frei, die über ihre Möglichkeiten weit hinausgehen. Die Auseinandersetzung über die Ursachen der Niederlage verschärfte die Spannungen zwischen den Arbeiterorganisationen. Im Ruhrgebiet wuchsen der *FAUD* bedeutsame Konkurrenten heran: Einmal durch die Abspaltung der sogenannten *FAU-Gelsenkirchener Richtung*, die sich mit der *KPD* verband und durch die Gründung der landesweiten *Allgemeinen Arbeiter Union*, die marxistisch orientiert war. Auch der mit der *FAUD* assoziierte *Deutsche Schifffahrtsbund* optierte für die *KPD* bzw. für den Anschluss an die *Rote Gewerkschaftsinternationale* und stellte sich damit außerhalb der Organisationsstatuten. Die politischen Differenzen der verschiedenen Unionen waren an der Basis aber wesentlich geringerer Bedeutung als die gemeinsamen Zielvorstellungen. Die Mitgliedschaft der einzelnen Organisationen war mehr durch den Einfluss örtlicher Meinungsführer beeinflusst als durch eine bewusste ideologische Option für die

<sup>3</sup> Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongress der FVdG, abgehalten vom 27.-30. Dezember 1919 in Berlin, Berlin 1920

ein oder die andere Richtung. Dies zeigten dann auch die häufig gebildeten Aktionsbündnisse in einzelnen Orten, die von der Geschäftskommission der *FAUD* stark kritisiert wurden. Zwar hatte die Geschäftskommission in einer föderalistischen Organisation wie der *FAUD* keine Weisungsbefugnis gegenüber den örtlichen Gruppen, tatsächlich ging ihr Einfluss aber über die ihr in den Organisationsstatuten zugewiesenen Koordinations- und Agitationsfunktionen weit hinaus.

Die Bündnispolitik mit den anderen linksradikalen Strömungen in der Arbeiterbewegung war eine der Fragen, die in der *FAUD* zwischen 1920 und 1922 zu heftigen Kontroversen führten. Grob vereinfacht lassen sich dabei zwei Strömungen unterscheiden: Eine auf radikale, gewerkschaftliche Tageskämpfe gerichtete Strömung, die die konkrete Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, die Gewinnung neuer Mitglieder und deren Schulung im syndikalistischen Sinne als ihre zentralen Aufgaben betrachtete. Die Wortführer dieser Fraktion befanden sich vor allem in der Berliner Geschäftskommission der *FAUD*. Dem gegenüber stand eine aktivistische Gruppierung, die auf die unmittelbare Durchführung der sozialen Revolution drängte und dabei die gewerkschaftlichen Tageskämpfe eher vernachlässigen wollte. Die Redaktion der ab Juli 1921 in Düsseldorf erscheinenden anarchosyndikalistischen Tageszeitung *Die Schöpfung* machte sich zu einem Fürsprecher dieser Richtung. Sie unterstützten die Position des österreichischen Anarchisten Pierre RAMUS, der die Bedeutung des Syndikalismus als revolutionierende Aktionsbewegung sah und nicht als Bewegung von Ideen. Dies sollte vorrangig den anarchistischen Organisationen vorbehalten bleiben. Die Redaktion der *Schöpfung* förderte zum Ärger der Berliner Geschäftskommission die Idee von Siedlungskommunen. In Düsseldorf und auch anderswo besetzten um 1921 Anarchosyndikalisten brachliegendes Land, um dort im Sinne der anarchosozialistischen Siedlungstheorien Gustav LANDAUERS in herrschaftslosen Gemeinschaften zusammenzuleben. Die Geschäftskommission lehnte eine Beteiligung der *FAUD* an solchen Projekten ab. Sie warf der Opposition vor, aus der *FAUD* einen Experimentierapparat und Diskutierclub zu machen und organisationsfeindlichen Tendenzen Vorschub zu leisten. Tatsächlich druckte die *Schöpfung* Beiträge von sogenannten Individualisten ab, die für die Abschaffung aller formalen Organisationsstrukturen eintraten.

Besonders strittig war die Beteiligung der *FAUD* an den Betriebsrätewahlen. Das 1920 verabschiedete Betriebsrätegesetz blieb weit hinter den Forderungen der Rätebewegung von 1918/19 zurück. Es enthielt keine tiefgreifenden Kontroll- und Mitbestimmungsrechte und entsprach weitgehend den Vorstellungen von *SPD* und Gewerkschaften. Von der *FAUD* wurde es prinzipiell abgelehnt, dennoch plädierte eine Anzahl von Ortsgruppen für einen taktischen Umgang mit dem Gesetz, um in den Betrieben nicht alle Einflussmöglichkeiten zu verlieren.

Die schwellenden Konflikte eskalierten auf dem 13. Kongress der *FAUD*, der im Frühjahr 1921 in Düsseldorf stattfand. Dort befassten sich die Anwesenden in der Hauptsache nur mit dem Rechenschaftsbericht der Geschäftskommission. Eine Entscheidung über die Betriebsräte wurde indessen vertagt. Einigkeit bestand aber in der weiteren Abgrenzung gegen die politischen Parteien; es wurde ein Unvereinbarkeitsbeschluss gefasst. Die Eigenständigkeit wurde auch durch eine Erweiterung der Organisationsbezeichnung dokumentiert – die *FAUD* fügte ihrem Namen in Klammern die Bezeichnung „Anarcho-Syndikalisten“ hinzu. Man verstand sich nun als praktische Organisationsform des Anarchismus.

#### 2.4. Die *FAUD* als gewerkschaftliche Kampforganisation

Mit den internen Konflikten ging ab 1921 ein Mitgliederschwund einher. Aus eigener Kraft war die Organisation längst nicht mehr dazu in der Lage, eigenständige Aktionen durchzuführen. Die Anarchosyndikalisten beteiligten sich jedoch maßgeblich an Streikaktionen und den Lebensmittelunruhen der Jahre 1922/23.

Ein starker Mitgliederverlust setzte aber schon während der Inflation ein. Das Jahr 1923 markiert das Ende revolutionärer Massenkämpfe, die es seit der Novemberrevolution gegeben hatten. In Anbetracht der katastrophalen Lebensverhältnisse, der vielen Toten und Verhafteten – 7000 politische Gefangene – ist es zu verstehen, dass nur die überzeugten Anhänger in den revolutionären Organisationen verblieben und sich viele resigniert zurückzogen. Infolgedessen zählte die *FAUD* im Jahr 1925 nur noch ca. 25.000 Mitglieder.

In gewisser Hinsicht war die *FAUD* als Teil der Rätebewegung ein Produkt der Revolutionszeit von 1918 bis 1920. Eine Massenbewegung wurde sie dadurch, dass ihre Prinzipien dem „naturwüchsi-

gen Syndikalismus“ ihrer Mitglieder entsprachen. Eine fundierte Sozialgeschichte der Organisation ist noch nicht geschrieben. Genauer wissen wir aber über die Hamborner Arbeiter, die sich 1919 mehrheitlich den Syndikalisten anschlossen. Der Verfasser einer sozialgeschichtlichen Studie über die Hamborner Arbeiterbewegung kommt zu dem Ergebnis, dass das Leben und die Arbeit in „Hamborn für die Arbeiter und ihre Familien ein Extrem an Reglementierung und Demütigung bedeutete“. <sup>4</sup> Den Gewerkschaften gelang es vor dem Ersten Weltkrieg nicht, diese Arbeiter zu organisieren. Die Gegend um Hamborn galt in ihren Kreisen als „wilder Westen“. Gemeint war damit die „große Konzentration des Kapitals, die elenden Arbeits- und Lebensbedingungen und die Bereitschaft der meisten Zuwanderer, diese Bedingungen zu schlucken, um möglichst schnell Geld zu machen“. <sup>5</sup> Die angestaute Wut dieser Arbeiter entlud sich nach dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung im November 1918 in äußerst militanten Kämpfen. Rosa LUXEMBURG hatte schon im Jahr 1905 über die Bergarbeiter geschrieben, dass selbst während ruhiger Verhältnisse sich ihre Kämpfe „fast nicht anders [äußert] als von Zeit zu Zeit gewaltigen Eruptionen, in Massenstreiks von typischem, elementarem Charakter“. Darin zeige sich, „dass der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit hier ein zu scharfer und gewaltiger“ sei, „als dass er sich in Form ruhiger, planmäßige, partieller Gewerkschaftskämpfe zerbröckeln ließe.“ <sup>6</sup>

In langfristiger, kontinuierlicher Gewerkschaftsarbeit sahen diese Arbeiter kaum ein Mittel, um sich aus ihrem aktuellen Elend zu befreien. Die häufigen Klagen der Geschäftskommission über die mangelnde Organisationsdisziplin und Beitragszahlungen spiegeln die Mentalität dieser Arbeiterschichten wider.

Die Kontroversen über die strategische Orientierung der *FAUD* in den Jahren 1920 bis 1922 waren nicht zuletzt auch ein ideologischer Ausdruck der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung ihrer Mitgliederbasis. Die Vertreter einer radikalen Gewerkschaftspolitik stammten meist aus qualifizierten Bauberufen und gehörten schon vor 1914 der *Freien Vereinigung* an. In einigen Berufsgruppen war die *FAUD* so stark, Arbeitsnachweise durchzusetzen und damit über Einstellungen und Entlassungen bestimmen zu können. In diesen Berufen wirkten erkennbar zünftlerische Traditionen nach. Es handelte sich um stolze Facharbeiter, die noch nicht das Gefühl der völligen Austauschbarkeit im Produktionsprozess und die entfremdeten Arbeits- und Lebensverhältnisse der Massenarbeiter in der Großindustrie kannten. Gewerkschaftliche Arbeit bot ihnen eine reale Perspektive, ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verbessern. In diesen wenigen Berufsgruppen konnte die *FAUD* ihren Einfluss bis zum Ende der Weimarer Republik behalten: bei den Töpfern, Kistenmachern, Ofensetzern und den Musikinstrumentenmachern in Berlin, den Fliesenlegern im Rheinland und den Bandwirkern in Krefeld. Letzte waren noch 1927 in der Lage, aus eigener Kraft einen 18-wöchigen Streik zu führen und ihre Forderungen erfolgreich durchzusetzen.

In der Großindustrie (Bergbau, Metallbereich) konnte die *FAUD* hingegen ihren früheren Einfluss zwischen 1919 und 1921/22 nicht wieder zurückgewinnen. Durch die ab 1926 verstärkt einsetzende Rationalisierung der Metallindustrie verloren noch einmal viele Mitglieder ihren Arbeitsplatz. Seit der 15. Kongress die Beteiligung an den Betriebsrätewahlen im Prinzip zugelassen hatte, stellte die Anarchosyndikalisten zwar ab 1925 eine Reihe von Betriebsräten, dies führte jedoch nicht zum Anwachsen der Mitgliederzahlen. Erschwerend kam hinzu, da der *FAUD* vom Reichsarbeitsgericht die Anerkennung als tariffähige Organisation verweigert wurde. Dies bedeutete, dass sie ihre Mitglieder nicht vor den Arbeitsgerichten vertreten durfte. Die sich in der Weimarer Republik durchsetzende Institutionalisierung von Arbeitskämpfen in Form von Tarifverträgen, dem staatlichen Schlichtungssystem und dem Arbeitsrecht, setzte dem von der *FAUD* vertretenen Prinzip der Direkten Aktion enge Grenzen. Angesichts der relativ stabilen Verhältnisse nach der Überwindung der Inflation barg diese Aktionsform ein zu großes Risiko und versprach zu wenig Erfolg, zumal bekannte Anarchosyndikalisten entlassen und auf „Schwarze Listen“ gesetzt wurden und somit ihre Arbeitsplätze verloren. Die Organisationsstärke ging dementsprechend bis 1933 kontinuierlich zurück: von 20000 im Jahr 1928 auf rund 4300 im Jahr 1932. Zwar kam es mit der *Freien Arbeiter Union Tschechoslowakei* und der *Freien Arbeiter Union Österreich (Anarcho-Syndikalisten)* zu einer grenzüberschreitenden Ausdehnung, doch

<sup>4</sup> Erhard Lucas, Der 9. November 1918 – Umschlag-punkt der Widerstandsbewegung in Duisburg, Hamborn und dem westlichen Ruhrgebiet, in: Duisburger Forschungen, Bd. 37 (1990), S. 163-177; Ders.: Arbeiterradikalismus. Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1977

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Rosa Luxemburg: Politische Schriften, hg. v. Ossip. K. Flechtheim, Bd. 1, Frankfurt/M. u. Wien 1966, S. 187f.

dem negativen Trend war auch durch diese Erweiterung der Organisationsstrukturen nicht aufzuhalten.<sup>7</sup>

## 2.5. Anarchosyndikalistische Kulturaktivitäten

Angesichts dieser begrenzten Mitgliederzahl konnte die Anarchosyndikalisten von der Radikalisierung der Arbeiterklasse in der Weltwirtschaftskrise nicht mehr profitieren. Sie konnten nur in einigen Städten einen wenn auch geringen Einfluss auf die Arbeiterbewegung nehmen. Trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche gelang es jedoch, eine Anzahl junger, befähigter Funktionäre heranzubilden, die sich stark mit den Ideen des Anarchosyndikalismus identifizierten und die aus ihrer gefestigten Überzeugungen heraus vor 1933 in den sogenannten „Schwarzen Scharen“ und auch später Widerstand gegen den nationalsozialistischen Terror leisteten, der sich besonders gegen die Anarchisten und Anarchosyndikalisten richtete. Aus der nachgewachsenen Generation erwachsen dem freiheitlichen Sozialismus überdies seit 1928 eine Anzahl fähiger Funktionäre und Theoretiker. So z. B. in dem in ökonomischen Problemstellungen bewanderte Fritz DETTMER, in Helmut RÜDIGER - einem Vordenker des konstruktiven Sozialismus, in dem Arbeitsrechtsexperten Fritz Linow oder auch in Gerhard WARTENBERG, der den Nationalsozialismus schon in dessen Frühphase klarsichtig analysierte hatte und den die Nazis deswegen 1942 als Antifaschisten im KZ Sachsenhausen ermordeten. Gerhard WARTENBERGs Schicksal ist stellvertretend für die vielen Genossen und Genossinnen der *FAUD*, die während des „Dritten Reichs“ wegen ihrer freiheitlichen Überzeugung und ihres Widerstands gegen die Diktatur verfolgt, inhaftiert oder umgebracht wurden.

Zwar war die *FAUD* an ihrem hohen Anspruch, sozialrevolutionäre Klassenkampforganisation zu sein, während der Weimarer Republik gescheitert, nicht jedoch als radikale Kulturbewegung. Dies zeigte nicht nur ihre rege Verlagstätigkeit, ihre umfangreiche Zeitschriftenproduktion und Propaganda, sondern auch die Mitarbeit vieler Anarchosyndikalisten in den zahlreichen proletarischen Kulturorganisationen. Besonders aktiv waren sie z. B. bei den atheistischen Freidenkern und den großen Sexualreformorganisationen. Auch betrieben die Anarchosyndikalisten, neben vielen örtlichen Produktions-, Wohn- und Konsumgenossenschaften, mit der Gilde freiheitlicher Bücherfreunde eine eigene Buchgesellschaft. Alle diese Initiativen erreichten manche Nichtmitglieder, die der Bewegung ansonsten fernstanden. Diese enge Verflechtung in der proletarischen Gegenkultur verhinderte, dass die *FAUD* die sektiererischen Formen anarchistischer Debattierzirkel annahm. Sie blieb bis 1933 eine kleine, in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eingreifende Organisation am linken Rand der Arbeiterbewegung, deren Mitglieder sich sehr stark mit den Zielen eines freiheitlichen Syndikalismus identifizierten.

## Literatur

H. M. Bock: Anarchosyndikalismus in Deutschland. Eine Zwischenbilanz, in: *IWK*, 25.Jhg./Nr.3, Berlin 1989;

Ders.: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993 (2. Auflage);

Ders.: Geschichte des linken Radikalismus in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt/M. 1976;

H. Bötcher: Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1922;

A. Graf, Anarchismus in der Weimarer Republik. Tendenzen, Organisationen, Personen, 2. Bde., Diss. Phil. Berlin 1990;

Ders. (Hg.): Anarchisten gegen Hitler. Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten, Rätekommunisten in Widerstand und Exil, Berlin 2001;

---

<sup>7</sup> Hartmut Rübner, Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin/Köln 1994, S. 121, 285.

- Ders. u. D. Nelles, Dieter: Widerstand und Exil deutscher Anarchisten und Anarchosyndikalisten (1933-1945), in: Berner, Rudolf: Die unsichtbare Front. Bericht über die illegale Arbeit in Deutschland (1937), Berlin/Köln 1997, S.71-129;
- W. Haug: Eine Flamme erlischt. Die *Freie Arbeiter Union Deutschlands* (Anarchosyndikalisten) von 1932 bis 1937, in: IWK, 25.Jhg./Nr.3, Berlin 1989;
- U. Klan u. D. Nelles: „Es lebt noch eine Flamme“. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau-Döffingen 1989 (2. Auflage);
- M. v. d. Linden/W. Thorpe (Hg.): Revolutionary Syndicalism. An International Perspektive, Aldershot 1990;
- U. Linse: Organisierter Anarchismus im deutschen Kaiserreich von 1871, Berlin 1969;
- Ders.: Die anarchistische und anarchosyndikalistische Jugendbewegung 1919-1933. Zur Geschichte und Ideologie der anarchistischen, syndikalistischen und unionistischen Kinder- und Jugendorganisationen 1919-1933, Frankfurt/M. 1976;
- Ders.: Die „Schwarzen Scharen“, eine antifaschistische Kampforganisation deutscher Anarchisten, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, 9/1989, S. 47-88;
- E. Lucas: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/M. 1976;
- D. H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985;
- H. Rübner, Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin 1994;
- R. Theissen/P. Walter/J. Wilhelms, Johanna: Der Anarcho-Syndikalistische Widerstand an Rhein und Ruhr, Meppen/Ems 1980;
- A. Vogel: Der deutsche Anarcho-Syndikalismus. Genese und Theorie einer vergessenen Bewegung, Berlin 1977.

Zuletzt aktualisiert: 17.09.2010